Verordnete Wahrheit, bestrafte Gesinnung Rechtsprechung als politisches Instrument

Direkt zum Artikel:

www.linke-t-shirts.de/buch/verordnete-wahrheit-bestrafte-gesinnung_g208347.htm
oder kurz www.linke-t-shirts.de/g208347.htm

Preis:	**17,90 €**
AutorInnen:	Hannes Hofbauer
Verlag:	ProMedia
ISBN-10:	3-853713-29-7
ISBN-13:	978-3-853713-29-7
Seitenanzahl:	264
Erscheinungsdatum:	2011
Zustand:	neu
Art:	Buch
Lieferzeit:	Sollte das Buch nicht in der gewünschten Anzahl auf Lager sein, haben wir es grundsätzlich in einer Woche da. Grundsätzlich sind die Sachen auf Lager.

Neue Straftatbestände auf EU-Ebene öffnen einer Gesinnungsjustiz Tür und Tor. Die Leugnung von einem gerichtlich als Völkermord deklarierten Ereignis ist bereits strafbar; die Leugnung kommunistischer Verbrechen könnte es demnächst werden.

An zwei Beispielen zeichnet Hofbauer die Debatte um die Definition von Gräueltaten nach: der armenischen Frage und ihrer Instrumentalisierbarkeit sowie dem bosnischen Gründungsmythos, der auf der These eines Völkermordes in Srebrenica beruht. Einblicke in die Auseinandersetzungen um den Holodomor in der Ukraine, die Massaker in Ruanda, Darfur, Palästina und Kambodscha zeigen, welch unterschiedliche Interessen sich hinter dem Vorwurf des Völkermordes verbergen können.

Diskussionen über die schrecklichsten Untaten, die Menschen anderen Menschen angetan haben, werden zukünftig nicht mehr offen geführt werden dürfen. Seit in der Europäischen Union Ende 2010 ein Rahmenbeschluss zur Kriminalisierung von Völkermordleugnung und Verharmlosung von Kriegsverbrechen in alle nationalen Gesetzeswerke Eingang gefunden hat, wird (abweichende) Meinung darüber zur Straftat. Ein einmal per Gerichtsbeschluss festgestellter Völkermord darf nicht mehr in Frage gestellt werden. Zweifel an juristisch verordneter historischer Wahrheit wird strafrechtlich verfolgt.

Der Übergang vom Tatstrafrecht zum Gefahren abwehrenden Feindstrafrecht zielt auf das Kernverständnis der bürgerlichen Gesellschaft als einen Ort des freien Meinungsaustausches. Erinnerungsgesetze bedrohen historische Forschung und journalistische Recherche, aber auch politische Auseinandersetzung über Ereignisse, die für Staaten und Völker identitätsbildenden Charakter haben. Die Durchsetzung einer Gesinnungsjustiz tabuisiert eine für alle Beteiligten notwendige Debatte.

„Geschichte ist keine Religion. Geschichte ist kein Objekt der Rechtsprechung.“ Mit diesen Kernsätzen appellierten die bekanntesten französischen Historiker an die politisch Verantwortlichen in Paris, Meinungsparagraphen und vorgeschriebene Wahrheiten aus den

Gesetzbüchern zu streichen. In den deutschsprachigen Ländern haben sich bislang kaum Stimmen gegen die Verrechtlichung der politischen Debatte erhoben. Das vorliegende Buch soll diesbezüglich einen Anfang machen.

Das Gefährlichste an der neu aufkommenden Gesinnungsjustiz ist ihre Instrumentalisierbarkeit. Gingen bisher Meinungsunterschiede über bestimmte historische Ereignisse häufig in einem hegemonialen Diskurs unter, der die medialen oder wissenschaftlichen Kräfteverhältnisse reflektierte, so bemächtigt sich nun die Meinungsführerschaft der Gerichte, um ihrer Position als einzig gültiger zum Durchbruch zu verhelfen.